Stadt Kamen **Niederschrift**

PUA

über die
2. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Mittwoch, dem 28.04.2010
im Sitzungssaal II

Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

SPD
- Herr Thomas Blaschke
- Frau Marion Dyduch
- Herr Dieter Hartig
- Herr Hans-Dieter Heidenreich
- Herr Klaus Kasperidus
- Herr Martin Köhler
- Herr Friedhelm Lipinski
- Frau Ursula Müller
- Herr Marco Pincus
- Herr Klaus Slomiany
- Herr Udo Theimann
- Herr Theodor Wältermann

CDU
- Herr Karsten Diederichs-Späh
- Herr Heinrich Kissing
- Frau Susanne Middendorf
- Frau Ina Scharrenbach
- Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
- Frau Anke Schneider

FDP
- Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL
- Herr Gerrit Naujoks

fraktionslos
Herr Cetin Bahcekapili
Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses
Herr Heinrich Hellekemper
Frau Dip.-Ing. Anika Michalik

Verwaltung
Herr Jochen Baudrexl
Frau Sadie Bentler
Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Ulrike Klein
Herr Uwe Liedtke

Gäste
Herr Hartleif

Entschuldigt fehlten
Herr Andreas Friedhoff
Herr Michael Krause
Herr Herwig Rabeneck
Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht. Ferner begrüßte er Herrn Hartleif (Planungsbüro Hartleif) als Referenten zum dritten Tagesordnungspunkt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bürgeranregung: Einrichtung einer Wegeverbindung und einer Benjeshecke zwischen der Straße Am Ufer und dem Eilater Weg	027/2010
2	Umgestaltung Bahnhofsumfeld hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
3	Maßnahmen der Stadt Kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
4	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76 Ka "Heinrich-Imbusch-Straße" hier: Aufstellungsbeschluss	026/2010
5	Fahrradfreundliche Stadt hier: Bericht der Verwaltung	

6	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
027/2010 Bürgeranregung: Einrichtung einer Wegeverbindung und einer Benjeshecke zwischen der Straße Am Ufer und dem Eilater Weg

Herr **Liedtke** erläuterte die Beschlussvorlage.

Herr **Kühnapfel** schloss sich der Auffassung der Verwaltung an, wonach eine Benjeshecke an der Stelle keinen Sinn mache, zumal dort schon eine standortgerechte Strauchschicht vorhanden sei:

Beschluss:

Die Bürgeranregung betreffend der Errichtung einer Wegeverbindung und einer Benjeshecke zwischen der Straße am Ufer und dem Eilater Weg wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Umgestaltung Bahnhofsumfeld
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** informierte die Ausschussmitglieder über den Baufortschritt bei der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes. Durch den strengen Winter verzögern sich die Arbeiten am Parkhaus um 2-3 Monate. Derzeit werde die Fassade mit den bekannten Metallabdeckungen und Klinkern gestaltet. Mit der Fertigstellung des Parkhauses rechne man für Ende Juni / Anfang Juli.

Der östliche Bereich der Poststraße bis zur früheren Einmündung Rathaus-parkplatz wurde bereits im April ausgebaut. Die neue Zufahrt zum Rathaus-

parkplatz ist ebenfalls fertig gestellt. Zur Zeit laufen die Tiefbauarbeiten westlich des Bahnhofs im Bereich des neuen Parkplatzes und der neuen Fahrradabstellanlage – voraussichtlich bis Ende Mai.

Die weitere Planung sieht ab Mitte Mai den Kanalbau in Westicker Straße und in der Bahnhofstraße westlich des Rathauses vor. Anschließend folge dort der Straßenbau. Ende Juni / Anfang Juli werde die Straße Am Bahnhof und in der 2. Jahreshälfte der Bereich Westicker Straße ab der Straße Am Schwimmbad bis Koppelstraße erneuert – letzterer Abschnitt teilweise im Rahmen einer Vollsperrung.

Nach erfolgter Abstimmung mit der Bahn werde in der 2. Hälfte 2010 auch die neue Bahnunterführung in Angriff genommen, die Ausschreibung werde derzeit vorbereitet. Die Bauzeit betrage voraussichtlich 6 Monate, die Baukosten von 950.000 € werden aus Mitteln des Konjunkturpakets II bestritten.

In 2011 werde der Bahnhofsvorplatz, der ehemalige Busbahnhof und die restliche Poststraße gestaltet. Ab Herbst 2011 bis ins 1. Quartal 2012 erfolge dann der Umbau der Bahnhofstraße zwischen Koppelstraße und Sesekedamm.

Herr **Kissing** erkundigte sich nach der Auslastung des Ausweichparkplatzes an der Westicker Straße und fragte, ob es vorstellbar sei, diesen auf Dauer zu erhalten.

Herr **Liedtke** antwortete, dass der Parkplatz nach seinen Erkenntnissen intensiv genutzt werde. Es sei beabsichtigt, die Fläche nach Öffnung des neuen Parkhauses noch einen weiteren Monat für Parkzwecke offen zu halten. Da die Fläche den GSW gehöre, habe die Stadt keinen Zugriff hinsichtlich einer dauerhaften Parkplatznutzung. Er gab den Hinweis, dass die GSW-Fläche schließlich auch als Baugrundstück genutzt werden könne und darüber hinaus das neue Parkhaus ausreichend Parkraum bieten werde.

Frau **Schneider** bat die Verwaltung, in Richtung der Anwohner noch einmal deutlich zu machen, warum die Poststraße verbreitert werden musste.

Herr **Liedtke** erklärte, dass die Verbreiterung von 6 m auf 6,5 m mit Blick auf die künftig stärkere Belastung mit Bussen und LKW, insbesondere im Begegnungsverkehr, notwendig wurde.

Herr **Diederichs-Späh** fragte, ob der Verwaltung ein Zeitplan für die Bauarbeiten am Bahnhofsgebäude bekannt sei.

Herr **Liedtke** antwortete, dass ihm hierzu keine Informationen vorlägen, die Verwaltung hierzu aber recherchieren werde.

Herr **Bahcekapili** erkundigte sich, ob durch die winterbedingten Bauverzögerungen zusätzliche Kosten entstehen. Herr **Liedtke** verneinte dies.

Zu TOP 3.

Maßnahmen der Stadt Kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Hartleif** stellte anhand einer Präsentation die Gestaltungsplanung für den Verkehrsraum vor dem neuen Gesundheitszentrum Nordenmauer vor. Neben dem (gebundenen) Einbau von Betonpflaster mit Granitvorsatz – passend zum Material der Innenstadt – bestehen die gestalterischen Akzente aus Bodenstrahlern, einem Lichtband, Lichtsteelen (analog Adenauerstraße), Pflanzkübeln, Sitzbänken, Pflanzbeeten mit schlank wachsenden Bäumen und Pollern als Anfahrschutz. Die Lage der Buscups wurde dargestellt.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass die Mittel aus dem Konjunkturpaket II nur für den Umbau des Platzbereiches vor dem Gesundheitszentrum verwendet werden könnten. Die angrenzenden Fahrbahnbereiche bekämen lediglich eine neue Decke. Auch bei diesem Projekt gebe es eine zeitliche Verzögerung von 2-3 Monaten wegen des langen Winters. Mit der Fertigstellung des Straßenraums sei aus heutiger Sicht im März/April 2011 zu rechnen.

Frau **Scharrenbach** begrüßte die gestalterische Anlehnung an die Innenstadt und den Platzcharakter vor dem neuen Gesundheitszentrum. Da die Nordenmauer als Straße geöffnet bleibe, regte sie an, einen Zebrastreifen anzulegen, um die Querungen vor dem Gesundheitszentrum zu sichern.

Herr **Liedtke** führte hierzu aus, dass sich in diesem Bereich Fahrzeuge und Fußgänger niveaugleich bewegen, also ohne durch Borde abgesetzte Wege. Ob verkehrslenkende Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit notwendig werden, bleibe abzuwarten. Einen klassischen Zebrastreifen werde es aber nicht geben. Die Querungshilfe im Bereich des Buscups bleibe in jedem Fall erhalten.

Auch Frau **Dyduch** sprach sich für die Beachtung der Sicherheitsinteressen der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer aus. In diesem Zusammenhang fragte sie, ob die Leuchtbänder nur als gestalterische oder auch als Sicherheitselemente angelegt seien.

Herr **Hartleif** bestätigte, dass die Leuchtbänder in der Dunkelheit auch Signalwirkung hätten und somit die Verkehrssicherheit erhöhten.

Frau **Middendorf** sah die Aufstellung von Pflanzkübeln kritisch, da sie nach ihrer Beobachtung häufig als Mülleimer benutzt würden und die Füll- bzw. Deckschicht (Schiefermaterial) oftmals verschwunden sei.

Herr **Standop** fragte, ob sich der Fahrbahnquerschnitt im Bereich der Nordenmauer verändern würde. Herr **Hartleif** verneinte dieses, es bleibe bei ca. 7 m Gesamtbreite.

Herr **Baudrexl** ergänzte zu diesem Tagesordnungspunkt, dass weitere Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpakets II vor allem im Schulbereich angesiedelt sind und aus der Beratung im Schulausschuss bekannt seien. Er stellte abschließend noch die Farbgestaltung für das neue Domizil der KiTa Pusteblume vor – ein ebenfalls gefördertes Projekt.

Zu TOP 4.
026/2010 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76 Ka "Heinrich-Imbusch-Straße"
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr **Liedtke** erläuterte die Beschlussvorlage. Er wies darauf hin, dass die Erschließung des Bereichs nicht über eine neue Straße erfolge und die Fußwegverbindung erhalten werden soll.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung):

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 76 Ka „Heinrich-Imbusch-Straße“ gem. § 2 (1) BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BauGB (Die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des aufzustellenden Bebauungsplanes sind aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich).

2. Für einen Teilbereich des Planes werden nach Erlangung der Rechtskraft die bestehenden Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 38 Ka aufgehoben.

3. Die Verwaltung wird mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Fahrradfreundliche Stadt
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Breuer** berichtete zunächst von der Stadtgebietsbereisung durch die Kommission der AGFS am 12.04.2010, die mit einem guten Ergebnis abschloss. Danach werde die Stadt Kamen zur Aufnahme in die AGFS vorgeschlagen. Für die Überreichung der entsprechenden Urkunde durch das Landesverkehrsministerium werde derzeit nach einem Termin gesucht.

Anschließend fasste Herr **Breuer** die wesentlichen Grundzüge der 46. Änderungsverordnung der StVO zusammen, die sich insbesondere auf den Radverkehr beziehen und für Radfahrer einen verbesserten Rechtsrahmen bedeuten (weitere Informationen unter http://www.fahrradakademie.de/stvo-novelle/index.phtml).

Frau **Scharrenbach** fragte in diesem Zusammenhang, welche Straße zur ersten Fahrradstraße umgewandelt werden soll und wer weiterhin die Einbahnstraßen auf Eignung als Fahrradstraßen prüft.

Herr **Breuer** antwortete, dass die Lenbachstraße die erste Fahrradstraße Kamens werden soll und sich eine verwaltungsinterne, interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppe nach und nach mit weiteren Straßenprüfungen beschäftigen und Vorschläge dem Straßenverkehrsausschuss vorlegen werde.

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob aufgrund der neuen Verwaltungsvorschrift direkt Handlungsbedarf entstehe und damit Kosten auf die Stadt zukämen. Ferner fragte er, ob alle Straßen – egal welcher Klassifizierung und Baulast – gleich behandelt würden.

Herr **Breuer** sah derzeit keine Anhaltspunkte für direkte Folgekosten. Die wesentliche Neuerung bezieht sich auf die Frage der Benutzungspflicht für Radwege. Die vereinzelte Demontage von Schildern bedeute aber keinen Kostenfaktor. Um gemeinsame Standards für unterschiedlich klassifizierte Strassen bemühe man sich auf Kreisebene im Arbeitskreis Radverkehr.

Ferner informierte Herr **Breuer** die Ausschussmitglieder über das neue Angebot der Radstation Kamen, das einen Gepäckservice, Informationen zu Bahn, Bus und Rad sowie zu Stadt und Tourismus enthalte. In diesem Zusammenhang antwortete er auf eine frühere Anfrage von Frau Schneider, wonach das kostenlose Parkangebot für Radfahrer an der Radstation Unna ein bis zum Jahresende befristetes Pilotprojekt des Zweckverbandes Ruhr-Lippe sei. Eine mögliche Fortführung in Unna oder Ausweitung auf weitere Radstationen sei derzeit aufgrund der fehlenden Finanzierung nicht absehbar.

Abschließend stellte Herr **Breuer** das in diesem Jahr noch erweiterte Fahrradbus-Angebot vor, an dem auch die VKU beteiligt ist. Dieses ermöglicht an allen Sonn- und Feiertagen zwischen dem 1. Mai und 26. September eine kostenlose Fahrradmitnahme im Fahrradbus auf der Strecke zwischen Nordkirchen und Fröndenberg.

Herr **Kissing** erinnerte an die positiven Wirkungen der Radverkehrsförderung, z.B. auch im Lärmschutz. Das relativ teure Fahrradbus-Angebot ziele aber auf den touristischen Radverkehr, wobei aus seiner Sicht die Förderung des alltäglichen Radverkehrs vorrangig sein müsse. Insofern regte er an, die Entwicklung genau zu beobachten und ggf. dieses Fahrradbus-Angebot einzustellen.

Zu TOP 6.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Bauvorhaben im Stadtgebiet
Bericht der Verwaltung

1.
Herr **Liedtke** teilte mit, dass der erste Bauantrag für das seniorengerechte Wohnprojekt Pastoratsfeld eingegangen sei – ein Antrag der WBG über 35 Wohneinheiten. Der Baubeginn ist für den Frühsommer 2010 geplant. Der Bauantrag der Caritas Dortmund für das Pflegeheim werde in Kürze erwartet. Hier rechne man mit dem Baustart im Spätsommer 2010.

2.
Herr **Liedtke** berichtete, dass für eine Teilfläche des Baugrundstücks Bergstraße / Klothmannskamp eine Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Garage eingereicht wurde, aber mit unvollständigen Unterlagen. Die nachgeforderten Unterlagen wurden nicht vorgelegt. Überraschender Weise wurde die Bauvoranfrage danach zurückgezogen.

3.
Herr **Baudrexl** informierte die Ausschussmitglieder über das Ergebnis der jüngsten Begutachtung des Parkhauses Kämerstraße. Nach Feststellung des Sachverständigen hat der harte Winter die ohnehin problematische Bausubstanz weiter geschädigt. Fortgeschrittene Durchfeuchtungsschäden, Betonrisse und Metallkorrosion schließen eine weitere Nutzung des obersten Parkdecks aus. Diese Parkebene werde daher aus Gründen der Verkehrssicherheit ab dem morgigen Tag gesperrt. Das übrige Parkhaus sei aber weiterhin gefahrlos nutzbar.
Das oberste Deck könne nur durch zusätzliche Stützmaßnahmen, die mit bis zu 15.000 € veranschlagt werden, wieder nutzbar gemacht werden. Den Sinn dieser Maßnahmen stellte Herr Baudrexl in Frage, zumal der Gutachter schon heute weitere Probleme durch den kommenden Winter vorhersagt. Verwaltung und Gutachter befänden sich im Gespräch, um eine Entscheidung zum weiteren Umgang mit dem Parkhaus vorzubereiten.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

7.1.1
Herr **Liedtke** teilte mit, dass das Land der Stadt den Entwurf zur 1.Änderung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen – Energieversorgung – mit der Bitte um Prüfung und Stellungnahme zugeleitet habe. Er kündigte an, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung eine Stellungnahme erarbeiten und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegen werde.

7.1.2
Herr **Liedtke** nahm Bezug auf eine frühere Anfrage des Herrn Kühnapfel und erklärte, dass die angesprochenen Rückschnittarbeiten im Bereich des Westicker Felds nach Abstimmung mit dem Kreis Unna durch den Eigenbetrieb Stadtentwässerung durchgeführt wurden. Die Fällung einiger Zitterpappeln an einem Weg südlich der Kläranlage hat die Stadt im vergangenen Herbst ausgeführt. Nachdem dort ca. ein Drittel des Bestandes bei Starkwind umgeworfen wurde, hat die Stadt aus Sicherheitsgründen auch die verbliebenen Pappeln entfernt.

7.1.3
Mit Blick auf die bekannte Diskussion um die Luftschadstoffbelastung an der Lünener Straße (B 61) berichtete Herr **Baudrexl**, dass der Bürgermeister der Stadt Kamen das Luftgutachten, das im Zusammenhang mit der Planung für den Logistikpark Ostfeld durch die Stadt Bergkamen beauftragt wurde, dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) zur Prüfung übersandt und gleichzeitig den Kontakt zum Landesumweltministerium gesucht hat. In dem aktuell eingegangenen Antwortschreiben des Landesministeriums wird mitgeteilt, dass das LANUV die Aussagen des

Gutachtens für nachvollziehbar und plausibel hält.
Außerdem informierte das Ministerium darüber, dass es die zuständige Bezirksregierung Arnsberg mit der Aufstellung eines Luftreinhalteplans für Kamen beauftragt habe - ausgelöst durch die gemessene NO_2- Belastung an der Bahnhofstraße, die in 2009 mit 48 µg/m³ den zulässigen Grenzwert von 40 µg/m³ überschritt. Die Stadt Kamen werde im Rahmen einer Projektgruppe an dieser Aufgabe beteiligt. Die Projektgruppe soll bis Herbst 2011 das Untersuchungsgebiet für Kamen festlegen, Ursachen für die Belastungssituationen analysieren und Maßnahmen für die Senkung der Belastungen ausarbeiten. Das vorliegende Gutachten für die B 61 sei dabei zu berücksichtigen.

7.2 Anfragen

7.2.1
Frau **Dyduch** nahm Bezug auf die letztgenannte Mitteilung der Verwaltung und stellte mit Unverständnis gegenüber den übergeordneten Behörden fest, dass man sich erst durch die Grenzwertüberschreitung an der Bahnhofstraße nun auch intensiver mit der Situation an der Lünener Straße befasse. Sie erwarte bei der Untersuchung der Luftschadstoffproblematik Synergien mit der Lärmaktionsplanung. Hinsichtlich der Lünener Straße fragte Frau Dyduch, ob man nun mit der Aufstellung von Messgeräten für PM_{10} bzw. NO_2 rechnen könne oder ob diese Entscheidung erst im Rahmen der Aufstellung des Luftreinhalteplans getroffen werde.

Herr **Baudrexl** antwortete, dass aus seiner Sicht zunächst die Festlegung des Untersuchungsgebietes für den Luftreinhalteplan interessanter sei und dass die Stadt Kamen in der Projektgruppe darauf dringen werde, dass alle brisanten Bereiche in das Untersuchungsgebiet aufgenommen werden – für ihn gehöre unter anderem der gesamte innerstädtische Verlauf der B 61 dazu. In diesem Rahmen werde sich die Stadt weiterhin für konkrete Messungen der Luftschadstoffe engagieren.

7.2.2
Herr **Kühnapfel** kritisierte die durchgeführten Schnittmaßnahmen in einer Röhrichtfläche im Bereich des Modelflugplatzes im Westicker Feld. Seines Erachtens sei hier gegen geltendes Recht verstoßen worden. Er bat die Verwaltung um eine Überprüfung.

7.2.3
Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach dem Hintergrund von Abbrucharbeiten auf dem Grundstück an der B 233, dass direkt nördlich an das Neubaugrundstück der Autobahnpolizei angrenzt.

Herr **Liedtke** erklärte, dass der Verwaltung über die Aufräum- und Abbrucharbeiten hinaus keine weiteren Planungen bekannt seien.

7.2.4
Frau **Dyduch** erinnerte daran, dass der Ausschuss sich im März 2007 mit der Sperrung eines Teilstücks des Körneradwegs befasst habe. Seinerzeit sei eine auf drei Jahre befristete Sperrung aus Naturschutzgründen festgelegt worden. Die Entwicklungen auf der Fläche sollten vom Lippeverband beobachtet und dokumentiert werden. Sie bat die Verwaltung um einen Sachstandsbericht in einer der nächsten Sitzungen.

Herr **Baudrexl** bestätigte, dass man schon Kontakt mit dem Lippeverband gesucht habe und demnach ein ökologischer Fachbeitrag im Sommer vorliegen soll. Die Verwaltung strebe die Vorstellung des Fachbeitrags in diesem Gremium nach der Sommerpause an.

7.2.5
Herr **Heidenreich** fragte, ob der Verwaltung schon Pläne für eine Folgenutzung auf der Fläche des bisherigen Standortes der Autobahnpolizei an der Dortmunder Allee bekannt seien.

Herr **Liedtke** verneinte dies. Man habe aber schon frühzeitig den zuständigen Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes (BLB Dortmund) über den Denkmalstatus des Objektes informiert und um eine Beteiligung der Stadt bei der Entwicklung einer Folgenutzung gebeten.

Frau **Scharrenbach** ergänzte, dass eine eigene Nachfrage beim BLB ergeben habe, dass man sich dort erst zum Ende des Neubauvorhabens an der B 233 mit der Folgenutzung für den Altstandort befassen werde.

7.2.6
Herr **Kissing** erinnerte an die Absicht der Verwaltung, die Seskeumgestaltung im Innenstadtbereich durch einen städtebaulichen Wettbewerb zu begleiten und so das direkte Sesekeumfeld teilweise neu zu überplanen. Er fragte die Verwaltung nach dem aktuellen Sachstand.

Herr **Baudrexl** verwies auf die schlechte Haushaltssituation und darauf, dass in der Haushaltsplanung 2010 keine Finanzmittel für einen städtebaulichen Wettbewerb – diese liegen schätzungsweise bei 50.000 € - berücksichtigt werden konnten. Die Maßnahmen, die aus einem solchen Wettbewerb resultieren würden, wären im investiven Bereich anzusiedeln. Wegen der bekannten Haushaltslage und einer entsprechenden Ausgabenpriorisierung hätten neue städtebauliche Maßnahmen zunächst wenig Aussichten auf eine Umsetzung.

Herr **Kissing** regte an, eine städtebauliche Planung dann mit stadteigenen Ressourcen oder gegebenenfalls im Rahmen einer Diplom-Arbeit aufzustellen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 18.30.

gez. Friedhelm Lipinski
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer